

*Matthias Belafi*

## Der Erfolg der FPÖ: Österreichs Parteien- und Regierungssystem unter Druck

Bei der letzten Nationalratswahl in Österreich am 29. September 2013 konnten SPÖ und ÖVP nur noch ganz knapp über 50 % der Stimmen auf sich vereinen, so dass die Neuauflage der »Großen Koalition« nur noch als »MiGroKo« (für: mittelgroße Koalition) bezeichnet wurde und als letzte Chance für die beiden Parteien galt.<sup>1</sup> Seitdem war die Regierung beinahe schon gelähmt aus Angst vor Neuwahlen, weil davon auszugehen war, dass die FPÖ als stärkste Kraft daraus hervorgehen und den nächsten Kanzler stellen werde. Bestätigt wurde diese Sorge durch die Bundespräsidentenwahl im Jahr 2016, die unterstrich, in welcher schwierigen Situation sich die beiden Regierungsparteien befanden. Im ersten Wahlgang am 24. April gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Kandidaten von SPÖ und ÖVP, das erst nach der Auszählung der Briefwahlstimmen entschieden wurde. Dieses enge Rennen zwischen den Kandidaten der Parteien der Großen Koalition drehte sich allerdings nur um die Plätze vier und fünf. Rudolf Hundstorfer von der SPÖ erzielte 11,3, Andreas Khol von der ÖVP 11,1 %. Der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer schnitt mit 35 % mit deutlichem Abstand als bester Kandidat ab und unterlag im zweiten Wahlgang am 22. Mai mit 49,65 % nur knapp dem Grünen Alexander Van der Bellen. Die Wahl wurde auf Antrag der FPÖ jedoch wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz aufgehoben und – nach einer weiteren Verschiebung wegen nichtklebender Wahlumschläge – am 4. Dezember 2016 wiederholt. Hofer verlor diese Stichwahl mit 46,2 %. Aufmerksam und mit Sorge beobachtete quasi ganz Europa knapp ein Jahr die mögliche Wahl eines freiheitlichen Bundespräsidenten in Österreich, die als Signal für den Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa galt. Auch wenn durch das Vorziehen der Nationalratswahl auf den 15. Oktober 2017 die Karten neu gemischt werden und gerade weil dadurch vermutlich eine Regierungsbeteiligung der FPÖ bevorsteht, soll im Folgenden die Partei, ihr Erfolg und ihre Auswirkungen auf das Parteien- und Regierungssystem in Österreich untersucht werden.

### *1. Die Entwicklung der FPÖ*

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat ihre Wurzeln im deutschnationalen Lager, das seit 1848 eine bedeutende Rolle im Habsburgerreich gespielt hat und nach der Drei-Lager-Theorie von Adam Wandruszka 1954 seit der Ersten Republik einen Ge-

1 Andreas Khol, »MIGROKO vor dem Ende? Auf dem Weg in eine neue Republik« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2013, S. 3–14.

genpol zu christlich-sozialem und sozialdemokratischem Lager gebildet hat.<sup>2</sup> Die »Großdeutsche Volkspartei« und der »Landbund« stellten in der Ersten Republik die Repräsentanten dieses »Dritten Lagers« dar,<sup>3</sup> das sich – durch die Verbindung mit dem Nationalsozialismus diskreditiert – im Nachkriegsösterreich neu aufstellen musste. Die Alliierten ließen vorerst keine Partei dieses Lagers zu, sondern genehmigten lediglich die Gründung von SPÖ, KPÖ und ÖVP. Zudem hatten die ehemaligen Mitglieder der NSDAP zunächst kein Wahlrecht. Erst 1949 wurde der Verband der Unabhängigen (VdU) gegründet. Er war antiklerikal, antisozialistisch, liberal und deutschnational, also ein Sammelbecken verschiedener Strömungen, und sollte den ehemaligen Nazis, Kriegsheimkehrern und Vertriebenen eine politische Heimat bieten.<sup>4</sup> Die SPÖ unterstützte die Gründung, weil sie sich von einer zweiten bürgerlichen Partei eine Schwächung der ÖVP versprach. Der VdU zerfiel jedoch 1956 an der Spannung zwischen Liberalismus und ehemaligen Nationalsozialisten. Stattdessen wurde die Freiheitliche Partei Österreichs gegründet, in der die nationalen den liberalen Kräften überlagen. Die FPÖ war anfangs organisatorisch schwach, programmatisch deutschnational und blieb weitestgehend aus dem politischen Geschehen ausgeschlossen, da sie mit Blick auf den Nationalsozialismus als politisch belastet galt. Ihr Stimmanteil bei Nationalratswahlen stieg nach 6,5 % im Jahr 1956 auf den Höchststand von 7,7 % im Jahr 1959 und ging dann bis auf 4,98 % im Jahr 1980 zurück.<sup>5</sup>

Ab Mitte der 60er Jahre betonte der Vorsitzende (Bundesparteiobmann) Friedrich Peter, ein ehemaliges Mitglied der Waffen-SS, stärker die liberalen Elemente und versuchte so, die Partei aus der Isolation zu führen. Er suchte ebenso eine intellektuelle programmatische Fundierung des Kurses und erzielte allmählich eine größere Gesprächsbereitschaft der anderen Parteien mit der FPÖ. Dieser Kurs führte dazu, dass die FPÖ 1970/71 die SPÖ-Minderheitsregierung tolerierte und im Gegenzug ein für kleinere Parteien günstigeres Wahlrecht verabschiedet wurde. Der Öffnungskurs führte 1979 zur Aufnahme der Partei in die Liberale Internationale und wurde auch nach Peters fortgesetzt: Unter Alexander Götz (1978-79) kam es zu einer Annäherung an die ÖVP und unter Obmann Norbert Steger, der ab 1980 versuchte, die FPÖ in eine

2 Vgl. Adam Wandruszka, »Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen« in: Heinrich Benedikt (Hg.), *Geschichte der Republik Österreich*, Wien/München 1954, S. 289–485.

3 Vgl. Paul Weis, »Die Großdeutsche Volkspartei – zwischen Mitglieder- und Wählerpartei« in: *Zeitgeschichte* 23 H. 5/6 (1996), S. 161–180; Alexander Haas, *Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluss auf die österreichische Politik 1918–1934*, Graz 2000; noch weiter zurück: Lothar Höbelt, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918*, Wien/München 1993.

4 Vgl. Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz 1999. Neuerdings: ders. (Hg.), *Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955*, Wien/Köln/Weimar 2015.

5 Da in Österreich eine 4%-Sperrklausel gilt, war die FPÖ durchgehend im Nationalrat vertreten.

liberale Partei nach dem Vorbild der deutschen FDP umzubauen,<sup>6</sup> vor allem zu einer Annäherung an die SPÖ.

Nachdem Bundeskanzler Bruno Kreisky bei der Nationalratswahl 1983 die absolute Mehrheit verloren hatte, holte er die FPÖ aus dem politischen Ghetto, so dass die Partei in der sogenannten Kleinen Koalition mit der SPÖ erstmals an der Bundesregierung beteiligt war.<sup>7</sup> Doch der Wandel zu einem liberalen Kurs führte zu Konflikten in der FPÖ, da sich die Parteiführung immer mehr von ihrer eigentlichen Basis im deutschnationalen Bereich entfernte. Am 13. September 1986 kam es auf dem Innsbrucker Parteitag schließlich zu einem gut vorbereiteten »Putsch« gegen die liberale Parteispitze, als der junge Obmann der Kärntner Landesorganisation, Jörg Haider, in einer Kampf-abstimmung gegen den bisherigen Amtsinhaber Steger zum Bundesparteiobermann gewählt wurde. Haider sprach die deutschationale Basis an, führte die Partei auf diesen Kurs zurück, öffnet sie aber weit darüber hinaus. Bundeskanzler Franz Vranitzky von der SPÖ kündigte daraufhin die Kleine Koalition vorzeitig auf, was Haiders neuen populistischen Kurs noch begünstigte.<sup>8</sup>

Das Jahr 1986 ist so zu einem Wendejahr in der Geschichte der Zweiten Republik geworden, das den Abstieg der Großparteien und den Verlust der Prägekraft der politisch-weltanschaulichen Lager verdeutlicht. Für die Befassung mit der FPÖ ist es vor allem deshalb wichtig, weil mit 1986 der Schwenk von einer nationalliberalen Honaratiorenpartei zu einer der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien Europas verbunden ist. Von 1986 bis 1999 erlebt die Partei ihre erfolgreichste Phase und steigt zu einer Mittelpartei im österreichischen Parteiensystem auf.<sup>9</sup> Doch der Rechtspopulismus als Grundlage dieses Erfolgs isoliert die Partei auch, denn sie wird häufig nicht als

6 Vgl. Alfred Stirnemann, »Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985*, S. 657–678; Friedhelm Frischenschlager, »Wie liberal ist die FPÖ?« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980*, S. 135–181.

7 Vgl. Robert Krichbaumer, *Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–1987*, Wien/Köln/Weimar 2008; Anton Pelinka, *Die Kleine Koalition. SPÖ – FPÖ 1983–1986*, Wien/Köln/Graz 1993.

8 Vgl. Anton Pelinka (Hg.), *Populismus in Österreich*, Wien 1987.

9 Vgl. Richard Heinisch / Kristina Hauser, »Rechtspopulismus in Österreich: Die Freiheitliche Partei Österreichs« in: Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (Hg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden 2015, S. 91–109; Patrick Moreau, *De Jörg Haider à Heinz-Christian Strache. L'extrême droite autrichienne à l'assaut du pouvoir*, Paris 2012; Kurt Richard Luther, »Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ)« in: Herbert Dachs / Peter Gerlich / Herbert Gottweis / Helmut Kramer / Volkmar Lauber / Wolfgang C. Müller / Emmerich Tálos (Hg.), *Politik in Österreich*, Wien 2006, S. 364–388; Günther Sandner (Hg.), *Aufstieg und Fall der FPÖ. Zwischen europäischem Trend und österreichischem Sonderweg = Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33, H. 3 (2004); Anton Pelinka, »Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs« in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, H. 3 (2002), S. 281–290; Patrick Moreau, »»Österreich ist kein Volk von Nazis!« Organisation, Programmatik und Wählerschaft der FPÖ« in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 12 (2000), S. 73–92; Frank Decker, »Die FPÖ unter Jörg Haider: Erfolgsbedingungen einer rechtspopulistischen Partei« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28, H. 4 (1997), S. 649–664; Gerd Kräh, *Die Freiheitlichen unter Jörg Haider*, Frankfurt am Main 1996.

koalitionsfähig angesehen. Bezeichnend ist das Zitat des damaligen ÖVP-Klubobmanns Andreas Khol aus dem Jahr 1995, dass die FPÖ »außerhalb des Verfassungsbogens« stehe.<sup>10</sup>

Haider führte die Partei straff und zentralisierte die Parteiorgane auf seine charismatische Führungsfigur hin.<sup>11</sup> Zahlreiche Parteifreunde wurden wegeloht oder aus der Partei gedrängt. Stattdessen stiegen mit Haider ihm völlig loyale Kräfte auf, überwiegend gestylte und dynamische Mittdreißiger, deshalb auch »Haider's Buberlpartie« genannt.<sup>12</sup> Selbst als er 1991 von der »ordentlichen Beschäftigungspolitik« der Nationalsozialisten sprach und in Folge dessen vom Amt des Kärntner Landeshauptmanns abgewählt wurde,<sup>13</sup> führte dies zwar zu Spannungen in der Partei, gefährdete aber seinen Vorsitz nicht. Als die FPÖ dann 1993 das Volksbegehren »Österreich zuerst« zur Ausländer- und Einwanderungspolitik initiierte, führte dies schließlich zur Abspaltung des Liberalen Forums (LiF) unter Heide Schmidt.<sup>14</sup> Vier Abgeordnete verließen die FPÖ, bildeten einen neuen Parlamentsklub und konnten in Folge zwei Mal in den Nationalrat einziehen. 1999 schied die Partei aus dem Nationalrat aus und spielte bis zum Erfolg der NEOS 2013 quasi keine Rolle mehr.<sup>15</sup> Den Verlust des liberalen Flügels quittierte Haider mit der Aussage, die Partei habe »Ballast« abgeworfen.<sup>16</sup> Der Historiker

10 Vgl. Andreas Khol, »Die FPÖ im Spannungsfeld von Ausgrenzung, Selbstausgrenzung, Verfassungsbogen und Regierungsfähigkeit« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995*, S. 193–221, S. 200–202. Was Khol jedoch nicht daran hindert, unter dem Hinweis, die Wahrheit sei »eine Tochter der Zeit«, später zu einem Strippenzieher der schwarz-blauen Koalition zu werden. Vgl. Andreas Khol, *Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi*, Wien 2001.

11 Vgl. Oliver Minich, *Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik, innere Struktur*, Blieskastel 2003, S. 24.

12 Der österreichische Publizist Armin Thurnher prägte für die Methode, junge gut aussehende (»fesche«) Männer in den Vordergrund zu stellen, den Begriff des »Feschismus«. Vgl. »Fesch und Faschismus ergaben den Feschismus« in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.4.2016.

13 Vgl. Brigitte Bailer, »»Ideologische Mißgeburt« und »ordentliche Beschäftigungspolitik«. Rechtspopulistische Skandale« in: Michael Gehler / Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich*, Innsbruck 2007, S. 666–678.

14 Zum LiF siehe: Gerhard Kratky, *Das Experiment einer Parteigründung. Das liberale Forum im Rückblick*, Innsbruck/Wien/Bozen 2009; Barbara Liegl, »Kleinparteien« in: Dachs / Gerlich / Gottweis / Kramer / Lauber / Müller / Tálos, *Politik in Österreich*, aaO. (FN 9), S. 402–411; dies., »Das Liberale Forum«, in: Herbert Dachs / Peter Gerlich / Herbert Gottweis / Franz Horner / Helmut Kramer / Volkmar Lauber / Wolfgang C. Müller / Emmerich Tálos (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, 3. Aufl., Wien 1997, S. 315–322; Friedhelm Frischenschlager, »Politischer Liberalismus in Österreich – Chancenlos als Partei? Die Entwicklung des Liberalen Forums 1996–2000« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999*, S. 543–585; ders., »Analyse der Entwicklung des Liberalen Forums« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1995*, S. 223–241; ders., »Das Liberale Forum und das österreichische politische System, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993*, S. 301–342.

15 Vgl. David Johann / Marcelo Jenny / Sylvia Kritzinger, »Mehr Wettbewerb bei Österreichs Wahlen? Die neue Partei NEOS und ihre engsten Konkurrenten« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47, H. 4 (2016), S. 814–830.

16 Zitiert in Minich, *Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider*, aaO. (FN 11), S. 23.

Lothar Höbelt urteilt, die Abspaltung sei taktisch »ein Rückschlag gewesen; strategisch bereitete gerade diese Zellteilung den Durchbruch der FPÖ vor.«<sup>17</sup>

Der Stimmenanteil der FPÖ unter Jörg Haider nahm bis 1999 quasi kontinuierlich zu. Schon 1986 steigerte sie ihr Ergebnis von 4,98 auf 9,7 %, 1990 auf 16,6 und 1994 auf 22,5 %. Bei der Neuwahl ein Jahr später stagnierte sie bei 21,9 %, um 1999 das Rekordergebnis von 26,9 % zu erzielen. Damit erreichte die FPÖ das prozentual gleiche Ergebnis wie die ÖVP, übertraf sie jedoch um 415 Stimmen und wurde somit zum ersten Mal zweitstärkste Partei in Österreich.<sup>18</sup>

Nach dieser Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 scheiterten die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP und die Volkspartei verhandelte erfolgreich mit den Freiheitlichen über eine Regierungsbildung, so dass es mit der Angelobung am 4. Februar 2000 unter Führung von Wolfgang Schüssel zum ersten Mal auf Bundesebene zu einer Koalition aus ÖVP und FPÖ kam. Das führte zu den Sanktionen der Europäischen Union gegenüber Österreich, die allerdings nur die Koalition stärkten und die EU in Probleme brachte.<sup>19</sup> Erst nach Aufhebung der Sanktionen im Herbst 2000 war die schwarz-blaue Koalition hinsichtlich der öffentlichen Zustimmung dann auf das Regieren zurückgeworfen.<sup>20</sup> Die FPÖ stieß bei der Umsetzung ihrer Forderungen auf institutionelle Schranken, da sie zum einen nicht den Bundeskanzler stellte, zum anderen den parlamentarischen Regeln zu folgen hatte. Parteichef Jörg Haider war mit Blick auf die internationale Reputation in Kärnten geblieben und hatte den Parteivorsitz zurückgelegt, so dass es innerparteilich immer wieder zum Konflikt zwischen ihm und der Regierungsmannschaft der FPÖ kam. Die Partei spürte rasch die Divergenzen zwischen Oppositions- und Regierungspolitik und versuchte, sowohl Regierungs- als auch Oppositionspolitik zu betreiben. Das stets kritisierte Proporzsystem nutzte sie nun aber sehr wohl auch für sich. Das beständige Störfeuer aus Kärnten gegenüber der eigenen Regierungsmannschaft führte im September 2002 zu einem Sonderparteitag in Knittelfeld in der Steiermark, der zum Rücktritt der Regierungsmitglie-

17 Lothar Höbelt, »Haiders Wähler oder Die Legende von den Modernisierungsverlierern« in: ders. (Hg.), *Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ*, München 2001, S. 94–111, S. 97f.

18 Vgl. Fritz Plasser / Peter A. Ulram / Franz Sommer, »Nationalratswahl 1999: Transformationen des österreichischen Wahlverhaltens« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1999, S. 49–87.

19 Zur Regierungsbildung 1999/2000 vgl. Robert Kriechbaumer, »...ständiger Verdruss und vielle Verletzungen.« *Die Regierung Klama/Schüssel und die Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung. Österreich 1997–2000*, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 293–418, zu den Sanktionen siehe: Erhard Busek / Martin Schauer (Hg.), *Eine europäische Erregung. Die »Sanktionen« der Vierzehn gegen Österreich im Jahr 2000*, Wien/Köln/Weimar 2003; Waldemar Hummer / Anton Pelinka, *Österreich unter »EU-Quarantäne«*, Wien 2002; Margaretha Kopeinig / Christoph Kotanko, *Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich*, Wien 2000.

20 Vgl. Robert Kriechbaumer / Franz Schausberger (Hg.), *Die umstrittene Wende. Österreich 2000–2006*, Wien/Köln/Weimar 2012; Emmerich Tálos (Hg.), *Schwarz-Blau*, Wien/Münster 2006; Herbert Obinger / Emmerich Tálos, *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition*, Wiesbaden 2006.

der führte, was die ÖVP wiederum zu Neuwahlen nutze.<sup>21</sup> Die FPÖ stürzte auf 10 % ab, blieb aber als Juniorpartner in einer Koalition mit der erstarkten ÖVP.

Die Situation der Partei in der Regierung besserte sich jedoch nicht, sondern die Vorsitze wechselten in schneller Abfolge bis schließlich Haiders Schwester zur Vorsitzenden gewählt wurde. Als sich 2005 abzeichnete, dass der Wiener FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sich um den Vorsitz bewerben würde, wurde auch der Druck auf Haider größer, den Vorsitz wieder zu übernehmen. Haider kam dem jedoch zuvor und spaltete am 3. April 2005 das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) von der FPÖ ab, in das die Regierungsmannschaft und die meisten Abgeordneten hinüberwechselten. Die meisten Landesverbände verblieben jedoch in der FPÖ; lediglich die Kärntner Landespartei ging fast geschlossen ins BZÖ über. Daraufhin wurde am 23. April Strache zum neuen Bundesparteiobermann gewählt.<sup>22</sup>

Unter seiner Führung erzielte die FPÖ bei der Nationalratswahl 2006 ein Ergebnis von 11,0 %, während das BZÖ 4,1 % erreichte (wofür das Ergebnis von 25 % in Kärnten ausschlaggebend war; in allen anderen Bundesländern blieb das BZÖ unter 4 %).<sup>23</sup> Bei den Neuwahlen 2008 steigerte die FPÖ ihr Ergebnis auf erneut 17,5 %. Mit Jörg Haider als Spitzenkandidaten konnte jedoch auch das BZÖ sein Ergebnis auf 10,7 % mehr als verdoppeln.<sup>24</sup> Nur wenige Tage nach der Nationalratswahl am 28. September 2008 starb Jörg Haider in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober, als er mit seinem Auto auf dem Nachhauseweg alkoholisiert und mit stark überhöhter Geschwindigkeit bei Nebel verunglückte. Ohne die Strahlkraft Haiders entfiel ein weiteres Kräftemessen zwischen den Parteien FPÖ und BZÖ.<sup>25</sup> Stattdessen zog sich der Prozess der Flurbereinigung im freiheitlichen Lager hin, bis 2013 der Kärntner Landesverband zur

21 Vgl. Ralph Vallon, *Harakiri. Die Selbstzerstörung einer Partei*, Wien 2003; Fritz Plasser / Peter A. Ulram (Hg.), *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003; Clemens Martin Auer / Michael Fleischhacker (Hg.), *Diesmal. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien 2003; Werner Beutelmeyer / David Pfarrhofer / Conrad Seidl, *Kanzlerwahl. Demoskopische Bilanz der Nationalratswahl 2002*, Linz 2002.

22 Vgl. Walter Hämerle, »Die Spaltung der FPÖ. Annus horribilis für das freiheitliche Lager« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2005*, S. 239–252; Robert Kriechbaumer, »Es reicht!« *Die Regierung Gusenbauer-Molterer. Österreich 2007/2008*, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 208–229.

23 Vgl. Fritz Plasser / Peter A. Ulram (Hg.), *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien 2007; Thomas Hofer / Barbara Tóth (Hg.), *Wahl 2006*, Wien/Berlin/Münster 2007; Franz Sommer, »Voll daneben oder knapp vorbei? Die Nationalratswahl 2006 aus der Sicht der empirischen Wahlforschung« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006*, S. 3–17.

24 Vgl. Thomas Hofer / Barbara Tóth (Hg.), *Wahl 2008*, Wien 2008; Peter A. Ulram, »Ein verspielter Sieg und eine siegreiche Zeitungspartei – zur Analyse der Nationalratswahl 2008« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008*, S. 3–21; Peter Filzmaier, »Ein Regierungsdesaster: Analyse der Nationalratswahl 2008« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008*, S. 23–38.

25 Zur Strategie des BZÖ: Georg Lux / Uwe Sommersguter, *Das Jörg-Haider-Experiment. Partei der Lebensmenschen – Bündnis mit Zukunft?*, Wien/Graz/Klagenfurt 2009; Lothar Höbel, »Das Dritte Lager – von Steger über Haider zu Strache« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008*, S. 155–166; Erich Reiter, »Hat das BZÖ eine weltanschauliche Basis?« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007*, S. 47–59.

FPÖ zurückkehrte und das BZÖ bei den Wahlen aus dem Nationalrat ausschied, während die FPÖ 20,5 % erzielte.<sup>26</sup>

Die Erfolgsserie der FPÖ hält seitdem an. Bei der Europawahl 2014 erreichte die Partei einen Zuwachs von 7 Prozentpunkten und ein Ergebnis von 19,7 %.<sup>27</sup> Bei der Landtagswahl 2015 am 31. Mai 2015 in der Steiermark steigerte die Partei ihr Ergebnis von 10,7 auf 26,8 %, im Burgenland erzielte sie am gleichen Tag 15,0 % und bildete als Juniorpartner eine Koalition mit der SPÖ. Auch bei den oberösterreichischen Wahlen am 27. September 2015 – schon unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise – verdoppelte die FPÖ ihr Ergebnis auf 30,4 % und schloss ein Arbeitsabkommen mit der ÖVP als der stärksten Partei. Bei der Landtagswahl in Wien am 10. Oktober 2015 kam es überraschenderweise nicht zum Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPÖ, trotzdem erzielte die FPÖ mit Strache als Spitzenkandidaten ein Plus von fünf Prozentpunkten und ein Ergebnis von 30,8 %.<sup>28</sup>

Bei den Bundespräsidentschaftswahlen 2016 ließ Strache den Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer für die FPÖ antreten, der sich erst nach der Absage der kurz zuvor von der ÖVP übergetretenen ehemaligen Vorsteherin des Wiener Innenstadtbezirks zur Kandidatur überreden ließ. Der FPÖ-Kandidat gewann – wie bereits erwähnt – mit deutlichem Abstand den ersten Wahlgang mit 35,1 %, so dass die FPÖ zum ersten Mal bei einer österreichweiten Wahl Platz 1 belegte. Hofer musste sich aber in der Stichwahl am 22. Mai Van der Bellen mit 50,3 zu 49,7 % geschlagen geben. Die FPÖ hat dieses Ergebnis erfolgreich vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten, so dass die Stichwahl wiederholt werden musste.<sup>29</sup> Wegen technischer Probleme wurde der Nachholtermin noch einmal vom 2. Oktober auf dem 4. Dezember 2016 verschoben.

26 Vgl. Sylvia Kritzinger / Wolfgang C. Müller / Klaus Schönbach (Hg.), *Die Nationalratswahl 2013*, Wien/Köln/Weimar 2014; Thomas Hofer / Barbara Tóth (Hg.), *Wahl 2013*, Wien/Berlin 2014; David M. Winerother / Gilg Seeber, »Die österreichische Nationalratswahl vom 29. September 2013. Das Ende Großer Koalitionen in Sicht« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45, H. 1 (2014), S. 158–174.

27 Vgl. Matthias Belafi, »Die Europawahl 2014 in Österreich. Personalisierung als Strategie in einem ausdifferenzierten Parteiensystem?« in: Michael Kaeding / Niko Switek (Hg.), *Die Europawahl 2014*, Wiesbaden 2015, S. 197–207; Franz Sommer / Peter A. Ulram, »Im Zeichen des Chlorhuhns« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2014, S. 127–163.

28 Vgl. Franz Sommer / Peter A. Ulram, »Analyse der Landtagswahlen 2015: Burgenland, Steiermark, Oberösterreich, Wien« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 3–23; Thomas Hofer, »Unterwerfung« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 25–42; Klaus Poier, »Die steirische Landtagswahl 2015: Erwartbares, Überraschungen, Lehren?« in: *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 137–152; Daniel Strobl, »Die burgenländische Landtagswahl 2015« in: *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 31–36; Wolfgang Hattmannsdorfer, »Die oberösterreichische Landtagswahl 2015 « in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 43–60; Wolfgang Steiner, »Die oberösterreichische Landtagswahl 2015« in: *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 37–50; Martin Dolezal, »Die Wiener Gemeinderatswahl 2015« in: *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2015, S. 51–57.

29 Vgl. Maria Windhager, »Bundespräsidentenwahl 2016. Die Wahlankreitung« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2016, S. 47–57; Ludwig Adamovich, »Anfechtung der Bundespräsidentenwahl 2016« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2016, S. 59–67; Heribert Franz Köck, »Bundespräsidentenwahl 2016. Ein kritischer Kommentar zum Urteil« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2016, S. 69–83; Klaus Poier, »Vorhersehbar und unausweichlich.

ben. Die nachgeholte Stichwahl verlor Hofer etwas deutlicher mit 46,2 gegenüber 53,8 % für Van der Bellen.<sup>30</sup> Trotzdem erzielte Hofer für die FPÖ ein hervorragendes Ergebnis, das die Hoffnungen der FPÖ auf die nächste Nationalratswahl weiter steigern ließ.

## *2. Die Programmatik der Partei*

Mit dem Wandel zu einer rechtspopulistischen Partei unter Jörg Haider im Jahr 1986 und der damit verbundenen Ansprache eines wesentlich breiteren Wählerspektrums hat die FPÖ auch einen programmatischen Wandel vorgenommen. Dazu gab der FPÖ-Vordenker Andreas Mölzer vor, dass »die althergebrachten Standpunkte der FPÖ, auch ihr althergebrachtes weltanschauliches Fundament, breiter, offener und damit zwangsläufig unschärfer interpretiert werden müssen«.<sup>31</sup> Diese Unschärfe spiegelt die Wandlungsfähigkeit und den Opportunismus des Populismus wider.<sup>32</sup> Weltanschauung bleibt nur noch im Sinn eines allgemeinen Wertesystems wichtig, nicht als Programmatik. Insofern ist in der FPÖ das Wort des Parteiobmanns wichtiger geworden als das Parteiprogramm.<sup>33</sup> Daher konnte unter Haider zunächst auch das 1985 verabschiedete nationalliberale Grundsatzprogramm bestehen bleiben, das erst 1997 von einem neuen Programm abgelöst wurde. Zunächst musste die Partei dafür mit klassischen Positionen der Vergangenheit aufräumen, ohne ihre Stammwähler zu verschrecken. Die Aufgabe dieser Positionen war jedoch Voraussetzung, um über den traditionellen Stimmenanteil hinauszukommen und sich der Mehrheitsfähigkeit annähern zu können.<sup>34</sup>

Dazu gehörte zum einen die *deutschnationale* Fixierung. Da in Österreich – jenseits des burschenschaftlichen Spektrums – kaum noch jemand etwas mit dem Bekenntnis

Anmerkungen zur Aufhebung der Bundespräsidenten-Stichwahl 2016 durch den Verfassungsgerichtshof« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2016*, S. 85–98; Gerhart Holzinger / Stefan Leo Frank, »Die Aufhebung der Bundespräsidenten(stich)wahl aus der Sicht des VfGH« in: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2016*, S. 161–168; Theo Öhlinger, »Die Wahl des Bundespräsidenten und der Verfassungsgerichtshof« in: *Steirisches Jahrbuch für Politik 2016*, S. 169–174; Alfred J. Noll, »Das »Können« des Verfassungsgerichtshofs. Zur Aufhebung der Bundespräsidentenwahl 2016« in: Thomas Köhler / Christian Mertens (Hg.), *Manifest. Zu Österreichs Dritter Republik*, Wien 2017, S. 145–161.

30 Vgl. Fritz Plasser / Franz Sommer, »Bundespräsidentenwahlen 2016: Politische Einstellungen und Motive der Wähler, regionale Trends und Wählerströme« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2016*, S. 3–36; Fritz Plasser, »Wähler- und Parteienkoalitionen im Umbruch« in: Köhler / Mertens, *Manifest*, aaO. (FN 29), S. 107–113.

31 Zitiert in Manfred Andexinger, *Opposition im Nationalrat. Die FPÖ 1986 bis 1999*, Frankfurt am Main 2009, S. 37.

32 Vgl. Reinhard Heinisch, »Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich« in: Ludger Helms / David M. Winerother (Hg.), *Die österreichische Demokratie im Vergleich*, Baden-Baden 2012, S. 361–382, S. 365.

33 Vgl. Andreas Mölzer, »Entideologisierung und Rechtspopulismus« in: Höbelt, *Republik im Wandel*, aaO. (FN 17), S. 112–144, S. 134.

34 Zur programmatischen Verbreiterung der FPÖ durch das Parteiprogramm von 1997: Kriebelbaumer, »...ständiger Verdruss und viele Verletzungen.«, aaO. (FN 19), S. 188–194.

zum Deutschtum anfangen kann, forderte Haider 1995, die Partei müsse weg von der »Deutschtümeli«. Die FPÖ hat sich deshalb einem Bekenntnis zu Österreich zugewandt, ohne dabei die Zugehörigkeit zu einer deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft in Frage zu stellen. Ein positiver *Österreich-Patriotismus* hat somit das deutsch-nationale Bekenntnis abgelöst.<sup>35</sup>

Auch der althergebrachte *antiklerikale Kurs* des Dritten Lagers wurde zugunsten einer Annäherung (oder eher: einer Anbiederung) an die Kirchen geopfert. Haider äußerte 1993 nach einer Audienz bei Papst Johannes Paul II.: Die FPÖ ist »aus einer kühlen Distanz zur Kirche in eine wohlwollende, freundliche Nähe gerückt«.<sup>36</sup> Das positive Verhältnis zum Christentum steht sicher auch im Zusammenhang mit dem neuen *Österreich-Patriotismus* der Partei.<sup>37</sup> Allerdings stehen für sie die Werte eines vermeintlich *christlichen Abendlands* im Vordergrund. Im Parteiprogramm von 1997 heißt es: »Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt. Im Bestreben um den Erhalt dieser Grundlagen sehen sich die Freiheitlichen als ideelle Partner der christlichen Kirchen, auch wenn es zu verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte gibt.«<sup>38</sup> Trotzdem wurden mit dieser Position auch Schnittmengen mit konservativen katholischen Kreisen geschaffen.<sup>39</sup>

Das kulturalistische Verständnis des Christentums ist in den letzten Jahren noch einmal und besonders verstärkt worden, da sich die Partei inzwischen vor allem als Gegner einer Islamisierung positioniert.<sup>40</sup> Es handelt sich hier um ein klassisches rechtspopulistisches Thema, bei dem die rechtspopulistischen Parteien in den verschiedenen europäischen Ländern sich auch gegenseitig austauschen und voneinander lernen. Damit verbunden sind Kämpfe gegen Moscheebauten, die Diskussion um ein Verbot von Minaretten, die Debatten um ein Burkaverbot usw. Während Haider noch gute persönliche Kontakte zu islamischen Ländern und Politikern unterhalten hat, so z.B. zur Familie Gaddafi in Libyen, so hat die Ablehnung des Islam in den vergangenen Jahren

35 Vgl. Susanne Fröhlich-Steffen, »Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum *Österreich-Patriotismus*« in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33, H. 3 (2004), S. 281–295.

36 Zitiert in: Andexinger, Opposition im Nationalrat, aaO. (FN 31), S. 52.

37 Vgl. Leila Hadj-Abdou, »The »Religious Conversion« of the Austrian Freedom Party« in: Nadia Marzouki / Duncan McDonnell / Olivier Roy (Hg.), *Saving the People. How Populists Hijack Religion*, London 2016, S. 29–45, S. 34f.

38 Die Parteiprogramme von 1985, 1997 und 2011 finden sich unter: <http://www.fpoe-bildungs-institut.at/parteiprogramme-konzepte> (abgerufen am 10.7.2017).

39 Vgl. Hadj-Abdou, The »Religious Conversion« of the Austrian Freedom Party, aaO. (FN 37), S. 40f.

40 Vgl. Hadj-Abdou, The »Religious Conversion« of the Austrian Freedom Party, aaO. (FN 37), S. 35–40; Farid Hafez; »Von der »Verjudung« zur »Islamistenpartei«. Neue islamophobe Diskursstrategien der FPÖ im Rahmen des Wiener Wahlkampfs« in: ders. (Hg.); *Jahrbuch für Islamophobieforschung*, Innsbruck/Wien/Bozen 2011, S. 83–98.

deutlich zugenommen. Insofern ist der *Antiislamismus* zu einem zentralen Thema der Freiheitlichen Partei geworden.<sup>41</sup>

Das *Heimatgefühl und der Patriotismus* werden also vor allem mit einer christlich geprägten Kultur in Verbindung gesetzt, die wiederum vom Islam abgegrenzt wird. »Daham statt Islam« ist einer der Plakatslogans des um keinen schlechten Reim verlegenen derzeitigen FPÖ-Generalsekretärs Herbert Kickl. Zum Repertoire der Partei gehören aber auch Plakate mit den Slogans »Pummerin statt Muezzin«<sup>42</sup> und »Heimatliebe heißt: Glockenklang statt Muezzingesang«. Im Europawahlkampf 2009 verwahrte sich die Kirche dagegen, dass Strache unter dem Slogan »Abendland in Christenhand« bei einem Auftritt mit einem Kreuz in der Hand Wahlkampf betrieb.<sup>43</sup> Ebenso protestierten die Kirchen, als Hofer im Bundespräsidentschaftswahlkampf 2016 »So wahr mir Gott helfe« plakatieren ließ.<sup>44</sup> Eine andere Verzweckung, ja Verbiegung des christlichen Anspruchs zeigt sich auf einem Plakat, auf dem der Vorsitzende Heinz-Christian Strache mit dem Zitat wirbt: »Liebe deine Nächsten – für mich sind das unsere Österreicher«.<sup>45</sup>

Die Befassung mit dem Islam und der Kampf gegen eine vermeintliche Islamisierung und Umvolkung – oft gebrauchte Begriffe, die nicht nach rechts abgegrenzt werden – steht in engem Zusammenhang mit dem Thema *Ausländer und Zuwanderung*. In den 1990er Jahren stand bei der FPÖ vor allem die Ausländerpolitik im Mittelpunkt, bei der sie für einen Einwanderungsstopp zum Schutz der kulturellen Identität eintrat. Das Thema Ausländer richtet sich insbesondere gegen die in Österreich lebenden Türken. So hat die FPÖ beispielsweise plakatiert: »Wien darf nicht Istanbul werden«. Interessanterweise wird aber auch versucht, ausländische Wähler anzusprechen, die die Ablehnung des Islam teilen. So biedert sich Strache seit einige Jahren geradezu der serbischen Gemeinschaft in Österreich an.<sup>46</sup> Das Ausländerthema wird heute aber eher subtiler angesprochen, indem es mit anderen Themen verknüpft wird, also zum Beispiel mit dem Patriotismus, mit dem Islam, mit der Kultur, mit dem Sozialstaat oder mit der inneren Sicherheit.

Auch die klassischen wirtschaftsliberalen Positionen der Freiheitlichen wurden einem breiten *Sozialpopulismus* untergeordnet. Die Regierungserfahrung von Schwarz-Blau hat diesen Trend weiter verschärft. Die Regierung Schüssel hatte – passend auch

41 Vgl. Carina Klammer, *Imaginationen des Untergangs. Zur Konstruktion antimuslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der FPÖ*, Wien/Berlin 2013.

42 Pummerin ist die größte Glocke des Wiener Stephansdomes.

43 Vgl. Nina Weissensteiner, »Kardinal: Kreuz nicht missbrauchen« in: *Der Standard* vom 22.5.2009.

44 Vgl. Cathrin Kahlweit, »Der Hofer und der Herrgott« in: *Süddeutsche Zeitung* vom 25.10.2016.

45 Vgl. Lore Hayek, *Design politischer Parteien. Plakatwerbung in österreichischen Wahlkämpfen*, Wien/Münster 2016; Franziska Marquart, »Rechtspopulismus im Wandel. Wahlplakate der FPÖ von 1978-2008« in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 42, H. 4 (2013), S. 353-371.

46 Vgl. Oliver Pink, »»Outlaws« unter sich: Der serbophile HC Strache« in: *Die Presse* vom 20.2.2008.

zum gesellschaftlichen Trend der damaligen Zeit – einen eher neoliberalen Reformkurs eingeschlagen, der wirtschaftspolitisch auch durchaus erfolgreich war, sich aber eben nicht in den Wahlergebnissen der FPÖ niedergeschlagen hat. Auch im Vorfeld der Nationalratswahl 2017 schwankt die FPÖ, ob sie Politik für Unternehmen oder für den einfachen Mann machen soll.<sup>47</sup> Im Wirtschafts- und Sozialbereich agiert die Partei vor allem gegen das Kammersystem und seine Zwangsmitgliedschaft, das die Stütze der Sozialpartnerschaft, damit aber auch des Konkordanzsystems darstellt. Insbesondere die Sozialpolitik der Partei wird populistisch aufgeladen. In der Programmatik geht es nicht um den Sozialstaat an sich oder um betroffene Gruppen wie Arme, Arbeiter etc., sondern die Aussagen werden populistisch auf eine als »Wir« definierte Gruppe bezogen. So plakatiert die FPÖ beispielsweise die Slogans: »Arbeit für unsere Leut« und »Sozial statt Sozialistisch. Jetzt geht's um UNS ÖSTERREICHER!« Damit haben die Freiheitlichen die SPÖ als »Arbeiterpartei« abgelöst, da sie unter Arbeitern mittlerweile regelmäßig als stimmenstärkste Partei abschneiden.<sup>48</sup>

Die immerwährende *Neutralität* Österreichs, die durch die politische Realität quasi nur noch auf dem Papier besteht und zu einer österreichischen Lebenslüge geworden ist,<sup>49</sup> gilt für die FPÖ immer noch als Bestandteil dessen, was Österreich und seine Identität ausmacht, und wird deshalb von ihr verteidigt.<sup>50</sup> *Außenpolitisch* bewegt sich die FPÖ – ganz in der Linie der europäischen Rechtspopulisten – auf prorussischem Kurs. Vladimir Putin als starker Führer, seine Vernetzung mit bzw. Instrumentalisierung der Orthodoxen Kirche, die Verbindung mit Serbien, die Verteidigung vermeintlich christlicher Wertvorstellungen, der Kampf für die Familie und gegen Homosexualität sind klare Referenzpunkte, die die FPÖ im Land des Eurovision Song Contest-Gewinners Conchita Wurst teilt. Abgeordnete der Partei haben nicht nur an kremlnahen Tagungen in Russland, sondern auch als »Wahlbeobachter« an der Abstimmung auf der Krim zum Anschluss an Russland teilgenommen.<sup>51</sup> Schwierig gestaltet sich für die Partei hingegen das Verhältnis zu Israel. Einerseits verspielt die FPÖ mit sprachli-

47 Vgl. Hanna Kordik, »Das Problem der FPÖ mit der Wirtschaft« in: *Die Presse* vom 20.5.2017.

48 Vgl. Höbelt, Haiders Wähler oder Die Legende von den Modernisierungsverlierern, aaO. (FN 17). Die FPÖ unterscheidet sich dadurch von anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa, dass sie ursprünglich gut in der Elite verankert war, weil das dritte Lager überdurchschnittlich im Bildungsbürgertum beheimatet war. Akademiker neigen heute eher zu den Grünen, während sich die FPÖ für die Arbeiter geöffnet hat. Vgl. Höbelt, Das Dritte Lager – Von Steger über Haider zu Strache, aaO. (FN 25), S. 161.

49 Vgl. Herwig Hösele, »Ist die österreichische Neutralität eine Lebenslüge?« in: Gerald Schöpfer (Hg.), *Die österreichische Neutralität. Chimäre oder Wirklichkeit?*, Graz 2015, S. 155–158.

50 Vgl. Heinz-Christian Strache, »Immerwährende Neutralität – Zwischen Identitätsstiftung und Vermittlungsauftrag« in: Schöpfer, *Die österreichische Neutralität*, aaO. (FN 49), S. 61–66.

51 Zur Nähe der Rechtspopulisten zu Putin und ihren weiteren außenpolitischen Gemeinsamkeiten: Alan Posener, »Rechtsdrift in Putins Arme. Außenpolitische Positionen populistischer Parteien« in: *Die Politische Meinung* 61, H. 539 (2016), S. 94–98; Anton Shekhovtsov, »Moskau und die Rechten. Wie radikale Gruppierungen Unterstützung von Moskau erhalten« in: *Die Politische Meinung* 61, H. 539 (2016), S. 99–103.

chen und historischen Anleihen an die NS-Zeit und mit sonstigen antisemitischen Äußerungen dort regelmäßig Sympathien,<sup>52</sup> andererseits gilt Israel in der Logik der Rechtspopulisten als Vorposten gegen den Islam im Nahen Osten, so dass man die Nähe zu Israel durchaus sucht. Nicht zuletzt weiß man in der FPÖ darum, dass der Weg zur Regierungsübernahme bzw. –beteiligung und zu einer funktionierenden Regierungspolitik nur gelingen kann, wenn es zumindest keinen öffentlichen Protest aus Israel gibt. Insofern haben FPÖ-Politiker in den letzten Jahren immer wieder Israel besucht, auch wenn sie nicht offiziell von der Regierung empfangen worden sind.<sup>53</sup>

Ein weiteres zentrales Thema der Rechtspopulisten ist die *Europapolitik*. Während die FPÖ anfangs noch unter wirtschaftsliberalen Aspekten einem EU-Beitritt Österreichs positiv gegenüberstand, kehrte sich die Position seit der Volksabstimmung über den EU-Beitritt um.<sup>54</sup> Die Freiheitlichen treten für eine nicht näher umrissene europäische Konföderation von Patrioten ein, lehnen die Europäische Union in ihrer jetzigen Form jedoch ab. Mit Blick auf Europa wird das populistische Motiv aufgegriffen, dass ein undemokratischer Moloch das Volk gegen seinen Willen bestimmt, während die FPÖ für den vermeintlichen Volkswillen eintritt, denen die Mechanismen eines komplexen Mehrebenensystems entgegenstehen. Auf das Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich reagierte die Partei denn auch kurzfristig mit der Forderung nach einem »Öxit«, griff die Position mangels öffentlicher Zustimmung aber nicht weiter dezidiert auf.<sup>55</sup> Die Ablehnung der Europäischen Union hat die FPÖ jedoch nie daran gehindert, Vorreiter einer europaweiten Zusammenarbeit mit anderen Rechtsparteien zu sein. Bei allen gescheiterten Versuchen der letzten Jahre und Jahrzehnte, eine Fraktion der Rechtspopulisten im Europaparlament zu gründen, war die FPÖ führend beteiligt.<sup>56</sup>

52 So z.B. mit der Äußerung Haiders über den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzikant: »Ich verstehe überhaupt nicht, wie wenn einer Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann«. Vgl. Anton Pelinka / Ruth Wodak (Hg.), »Dreck am Stecken«. *Politik der Ausgrenzung*, Wien 2002. Zum andauernden Antisemitismus in der FPÖ: Heribert Schiedel, »Antisemitismus und völkische Ideologie. Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei?« in: Stephan Grigat (Hg.), *AfD & FPÖ*, Baden-Baden 2017, S. 103–120.

53 Allerdings ist die Annäherungssymbolik auch schon deutlich verunglückt, z.B. als Strache bei seinem Besuch in Yad Vashem 2010 das Tönnchen seiner Burschenschaft als Kopfbedeckung trug. Vgl. Christian Ultsch / Thomas Prior, »Reise nach Jerusalem: Warum FPÖ-Chef Strache um Israel buhlt« in: *Die Presse* vom 12.4.2016.

54 Vgl. Erich Reiter, »Zur Entwicklung der FPÖ vor und nach der EU-Volksabstimmung« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1994, S. 427–453; Siegfried Dillersberger, »FPÖ und Europa« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1993, S. 707–714; Erich Reiter, »Die Europapolitik der Freiheitlichen«, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1992, S. 87–100.

55 Vgl. Lothar Höbelt, »Die FPÖ und die EU. Schlingerkurs oder optische Täuschung« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2016, S. 121–132.

56 So zum Beispiel 2007 bei der Gründung der Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität« im Europäischen Parlament (vgl. Angelika Beer, »Rechtsextremismus im europäischen Parlament. Die Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität«« in: Holger Spöhr / Sarah Kolls (Hg.), *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa*, Frankfurt am Main 2010, S. 101–109). Auch bei der Gründung der Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« nach der Europawahl 2014 war die FPÖ engagiert.

Insgesamt ist die FPÖ unter dem Vorsitz von Strache seit 2005 wieder stärker nach rechts gerückt, auch wenn sie sich gelegentlich um Abgrenzung zu Rechtsextremen und Neonazis bemüht.<sup>57</sup> Ebenso wird das deutsch-nationale Spektrum personell und inhaltlich wieder stärker eingebunden. So wurde 2011 das Bekenntnis zur deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft wieder in das Parteiprogramm aufgenommen.<sup>58</sup> Gleichwohl hat sich die Partei die populistische Flexibilität erhalten.

### *3. Strategien und Optionen*

Die österreichische Konkordanzdemokratie,<sup>59</sup> die sich nicht nur durch die Große Koalition auszeichnet, sondern die durch die Sozialpartnerschaft eine Verflechtung von Parteien, Verbänden und öffentlichem Leben fortgesetzt hat,<sup>60</sup> bildet einen optimalen Nährboden für eine populistische Partei.<sup>61</sup> Dabei hat die FPÖ keineswegs die Krise des Konkordanzmodells herbeigeführt. Vielmehr ist das Modell seit den 80er Jahren durch die Auflösung der traditionellen Milieus und den Verlust der Bindungskraft der weltanschaulichen Parteien in die Krise gerutscht. Die FPÖ hat sich die Lage zu eigen gemacht und profiliert sich mit Kritik am System, auf dessen Krise die Parteien bislang noch keine Antwort gefunden haben. Die FPÖ kritisiert deshalb konsequent die Herrschaft der »Altparteien« und verwendet damit ein klassisches rechtspopulistisches Motiv. Zur politischen Konkordanz tritt in Österreich noch hinzu, dass Staat und Gesellschaft aus ihrer historischen Prägung heraus »parafeudal« funktionieren. Haider hat sich zwar genau dagegen profiliert, das System aber gleichermaßen gespielt und sogar noch auf die Spitze getrieben.<sup>62</sup>

57 Vgl. Schiedel, Antisemitismus und völkische Ideologie, aaO. (FN 52); Philipp Mittnik, *Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache*, Wien/Berlin 2010.

58 Vgl. Bernhard Weidinger, »Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotential. Völkische Studentenverbündungen und die FPÖ« in: Grigat, AfD & FPÖ, aaO. (FN 52), S. 121–136, S. 127.

59 Vgl. David M. Winerother, »Windstille im Fahrtwind? Wandel und Zukunftsfähigkeit österreichischer Konkordanz« in: Stefan Köppl / Uwe Krahenpohl (Hg.), *Konkordanzdemokratie*, Baden-Baden 2012, S. 73–97. Grundlegend: Gerhard Lehmbruch, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen 1967.

60 Vgl. Emmerich Tálos, »Sozialpartnerschaft: ein rechtlich nicht verankerter Mitgestaltungsfaktor österreichischen Rechts« in: Tamara Ehs / Stefan Gschieg / Karl Ucakar / Manfried Welan (Hg.), *Politik und Recht*, Wien 2012, S. 195–215; ders., *Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor in der Zweiten Republik*, Innsbruck 2008; Ferdinand Karlhofer / Emmerich Tálos (Hg.), *Sozialpartnerschaft. Österreichische und europäische Perspektiven*, Wien/Münster 2005.

61 Vgl. Susanne Fröhlich-Steffen, »Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien«, in: Frank Decker (Hg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 144–164, S. 150.

62 Vgl. Peter Stachel, »Österreich, wie es ist« in: *Merkur* 70, H. 805 (2016), S. 86–93. Die Skandale aus der Haider-Ära sind bis heute nicht völlig aufgearbeitet, vgl. Kathrin Stainer-Hämmerle, »Die moralische Pleite des Haider-Populismus« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2012, S. 343–354.

Schon 1993 hat Haider den Aufbruch in eine »Dritte Republik« und eine umfassende Staatsreform gefordert, die u.a. die Zusammenlegung der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, mehr direkte Demokratie und eine Aufwertung des Föderalismus vorsah.<sup>63</sup> Insbesondere die Forderung nach mehr Volksbeteiligung und nach einer Zusammenlegung der Staatsspitze hält die Partei bis heute aufrecht. Mit diesen Positionen hat die FPÖ nicht nur Züge einer »Anti-Establishment-Partei«, sondern auch einer »Anti-System-Partei«.<sup>64</sup>

Auch die für den Rechtspopulismus klassische Ablehnung des Parteiencharakters und das Selbstverständnis als (Bürger-)Bewegung<sup>65</sup> tauchen bei der FPÖ immer wieder auf. So versuchte Haider im Jahr 1995, die FPÖ in eine »F-Bewegung« umzuwandeln, die sich gegen repräsentative Demokratie und für mehr basisdemokratische Elemente einsetzt. Im Zentrum des Konzepts unter dem Namen »Bündnis Bürger '98« sollte die in »Die Freiheitlichen (F)« umbenannte Partei stehen, um die sich konzentrische Kreise bilden.

Zu den populistischen Motiven der Partei gehört auch das Schwarz-Weiß-Schema von »die da oben« und »wir da unten«<sup>66</sup> und der Anspruch, den einzig wahren Volkswillen zu repräsentieren.<sup>67</sup> Zur Durchsetzung dieses vermeintlichen Volkswillens ist die Nutzung von Volksbegehren ebenfalls ein typisches Element des Populismus. Vor allem zwischen 1987 und 1997 war die FPÖ in diesem Bereich besonders umtriebig. Gleich nach der Wahl Haiders initiierte die Partei 1987 das »Anti-Privilegien-Volksbegehren« gegen die österreichische Parteibuchwirtschaft, 1993 dann das Volksbegehren »Österreich zuerst« zur »Schaffung gesetzlicher Maßnahmen, die das Recht auf Heimat für alle österreichischen Staatsbürger dauerhaft sichern und unter diesem Gesichtspunkt eine zurückhaltende Einwanderungspolitik nach Österreich gewährleisten« sollten; dieses Volksbegehren wurde zum Anlass für die Abspaltung des Liberalen Forums von der FPÖ. 1997 folgten dann das »Schilling-Volksbegehren«<sup>68</sup> und ein Volksbegehren »Atomfreies Österreich«. Solche Volksbegehren sollen keinen offenen Diskussionsprozess auslösen, sondern bestätigen, »was die Populisten immer bereits als den wahren Volkswillen erkannt haben (welcher halt von den illegitimen, im Zweifelsfall am Eigennutz orientierten Eliten perfiderweise nicht umgesetzt wird).«<sup>69</sup>

63 Vgl. Jörg Haider, *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt am Main/Berlin 1993.

64 Vgl. Heinisch, Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus, aaO. (FN 32), S. 372f.

65 Vgl. Günter Pallaver / Reinhold Gärtner, »Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich« in: Decker, Populismus, aaO. (FN 61), S. 99–120, S. 103; Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016, S. 54–58.

66 Vgl. Sebastian Reinfeldt, *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien 2000.

67 Vgl. Frank Decker / Marcel Lewandowsky, »Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien« in: *Zeitschrift für Politik* 64, H. 1 (2017), S. 21–38, S. 24f.; Müller, *Was ist Populismus?*, aaO. (FN 65), S. 42–48.

68 Vgl. Alexander Van der Bellen, »Das Euro-Volksbegehren der FPÖ« in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1997, S. 97–116.

69 Müller, *Was ist Populismus?*, aaO. (FN 65), S. 45.

Die FPÖ zeichnet sich aber nicht nur als »Bewegungspartei«, sondern auch als »charismatische Partei« aus.<sup>70</sup> Seit der Wahl Haiders zum Parteivorsitzenden 1986 ist die FPÖ völlig auf einen charismatischen Parteiführer ausgerichtet, zunächst Jörg Haider<sup>71</sup> und heute Heinz-Christian Strache.<sup>72</sup> Schließlich ist der Aufstieg der FPÖ nicht von der – zweifelsohne charismatischen – Person Haiders zu trennen.<sup>73</sup> Haider selbst bekannte sich 1995 dazu, Rechtspopulist zu sein;<sup>74</sup> er beherrschte die Provokation und den Tabubruch. Haider schaffte es, sich selbst als Marke zu etablieren und damit 2008 auch den BZÖ-Wahlkampf noch einmal zu befeuern.<sup>75</sup> Aber auch sein Nachfolger Heinz-Christian (»HC«) Strache setzt auf Personalisierung; die Partei ist heute völlig auf seine Person ausgerichtet. Auch die Fokussierung auf Jugendlichkeit setzt er fort; legendär sind im Wahlkampf seine Disko-Besuche und seine politischen Rap-Videos. Die Zeit wird zeigen, ob Jörg Haider in Heinz-Christian Strache nicht sogar noch seinen Meister gefunden hat. Hinsichtlich der Ausrichtung auf den charismatischen Parteiführer ist es jedenfalls bezeichnend, dass die Slogans, mit denen die FPÖ für Haider geworben hat, gleichermaßen auch für Strache genutzt werden, so z.B. das Plakat »Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist«.

Seit sich die Freiheitliche Partei aus der politischen Isolation hat lösen können, stehen ihr mit der SPÖ und der ÖVP zwei verschiedene Koalitionsoptionen zur Verfügung. Während in den 1970er Jahren sich die ÖVP noch langsam um eine strategische Annäherung an die FPÖ bemühte, überraschte die SPÖ mit einer Koalition und holte die Freiheitlichen damit zuerst aus der politischen Isolation. Nach dem populistischen Schwenk von 1986 kam es zum Bruch der Koalition, und bei den Sozialdemokraten galten bald die »Vranitzky-Doktrin« und ein Parteitagsbeschluss, nach der die SPÖ keine Koalition mit den Freiheitlichen eingeht. Insofern konnte nur die ÖVP 1999/2000 die Situation durch eine Koalition mit der FPÖ aufbrechen. Auch in den Bundesländern nutzen die Freiheitlichen die verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten,

70 Vgl. Decker / Lewandowsky, Rechtspopulismus in Europa, aaO. (FN 67), S. 28.

71 Vgl. Brigitte Bailer-Galanda / Wolfgang Neugebauer, *Haider und die »Freiheitlichen« in Österreich*, Berlin 1997; Hans-Henning Scharsach / Kurt Koch, *Haider. Schatten über Europa*, Köln 2000; Christa Zöchling, *Haider. Eine Karriere*, München 2000; Georg Lux / Arno Wiedergut / Uwe Sommersguter, *Jörg Haider. Mensch – Mythus – Medienstar*, Wien/Graz/Klagenfurt 2008; Klaus Ottomeyer, *Jörg Haider – Mythenbildung und Erbschaft*, 2. Aufl., Klagenfurt/Wien 2009.

72 Vgl. Hans-Henning Scharsach, *Strache. Im braunen Sumpf*, Wien 2012; Nina Horaczek / Claudia Reiterer, *HC Strache. Sein Aufstieg – Seine Hintermänner – Seine Feinde*, Wien 2009.

73 Bezeichnend bleiben die Äußerungen nach seinem Tod: In der eilig einberufenen Pressekonferenz sprach Haiders Pressesprecher Stefan Petzner von einem »Weltuntergang« und sagte über Haider: »Er war mein Lebensmensch«. Haiders Stellvertreter als Landeshauptmann, Gerhard Dörfler, ergänzte: »Für uns ist die Sonne vom Himmel gefallen« (Stefan Petzner, *Haiders Schatten. An der Seite von Europas erfolgreichstem Rechtspopulist*, Wien 2015, S. 197). Selbst die politischen Konkurrenten Haiders sprachen von einem Ausnahmepolitiker.

74 Vgl. Andexinger, Opposition im Nationalrat, aaO. (FN 31), S. 97.

75 Vgl. Günther Lengauer / Günther Pallaver, »Jörg Haider als Human Brand« in: *Politika* 12 (2012), S. 411–435.

wobei sie durch die – erst Stück für Stück abgeschafften<sup>76</sup> – Proporzregierungen auf Landesebene sowieso oft Regierungsmitglieder gestellt haben. Die verschiedenen Koalitionsoptionen haben in jüngster Zeit noch einmal an Bedeutung gewonnen, insbesondere durch die Regierungsbildungen in den Bundesländern 2015. Während die Freiheitlichen im Burgenland eine Koalition mit der SPÖ bildeten, gingen sie in Oberösterreich mit der ÖVP zusammen und machte so ihre unterschiedlichen Optionen noch einmal deutlich. Dass die Grünen als absolutes Konträr innerhalb des Parteien-Spektrums für die Freiheitlichen nicht als Koalitionspartner in Frage kommen, ist für die FPÖ insofern unproblematisch, als ihr Wähleranteil in der Regel stark genug ist, um eine Zweierkoalition mit SPÖ oder ÖVP bilden zu können. Freilich blieb ihr in diesen Koalitionen aber immer nur die Rolle des Juniorpartners. Stärkste Kraft wurde die FPÖ bislang lediglich in Kärnten, wo sie über viele Jahre den Landeshauptmann stellte.

#### *4. Einfluss auf das Parteien- und Regierungssystems Österreichs*

Innerhalb des österreichischen Parteiensystems<sup>77</sup> hat die FPÖ durch ihren rechtspopulistischen Kurs einen festen Platz als Mittelpartei erreicht. Abspaltungen von der FPÖ wie das LiF und BZÖ haben in der Geschichte keinen langfristigen Erfolg erzielt, auch andere Konkurrenten wie Hans-Peter Martin, das Team Stronach oder die radikalere EU-Austrittspartei konnten der FPÖ nur kurzzeitig Stimmen abnehmen. Aus ihrer Oppositionsrolle heraus gelingt es ihr jedoch, Einfluss auf die Koalitionsstrategien und die politischen Inhalte der Konkurrenten auszuüben.

So werden in Österreich derzeit erneut Diskussionen über mögliche Koalitionen geführt. Im Vorfeld der vorgezogenen Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 sind es vor allem ÖVP und SPÖ, die um Koalitionsmöglichkeiten ringen und sich um eine Zusammenarbeit mit der FPÖ bemühen. Am meisten betroffen sind die Sozialdemokraten, die über die Frage der Abgrenzung zur FPÖ streiten. Nachdem im Jahr 2015 gegen die Parteilinie eine Koalition Burgenland mit der FPÖ im Burgenland gebildet wurde, hat auch auf Bundesebene eine Diskussion über eine solche Option eingesetzt. Gegner der Öffnung ist der seit vielen Jahren als Graue Eminenz der Partei geltende, nun aber angeschlagene Bürgermeister von Wien, Michael Häupl, der bei der Wahl in Wien 2015 gegen den Trend Straches Wahlsieg verhindern konnte. Die SPÖ hat zahl-

76 Vgl. Franz Fallend, »»Der Proporz muss weg!«: Zu aktuellen Verfassungsreformdebatten in den österreichischen Bundesländern« in: *Jahrbuch des Föderalismus* 16 (2015), S. 278–292.

77 Vgl. Anton Pelinka, »Keine »germanischen« Gemeinsamkeiten. Das deutsche und das österreichische Parteiensystem im Vergleich« in: Michael Gehler / Ingrid Böhler (Hg.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*, Innsbruck 2007, S. 195–202; Fritz Plasser / Peter A. Ulram, »Das Parteiensystem Österreichs« in: Oskar Niedermayer / Richard Stöss / Melanie Haas (Hg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 351–372; Wolfgang C. Müller, »Parteiensysteme« in: Dachs / Gerlich / Gottweis / Kramer / Lauber / Müller / Tálos, *Politik in Österreich*, aaO. (FN 9), S. 279–304; Anton Pelinka / Fritz Plasser (Hg.), *Das österreichische Parteiensystem*, Wien/Köln/Graz 1988.

reiche inhaltliche Schnittstellen zur FPÖ, so dass eine Zusammenarbeit sogar naheliegend wäre. Immer wieder kam es deshalb zu Gesprächen und Annäherungen, so z.B. 2003 durch den ehemaligen SPÖ-Bundeskanzler Gusenbauer und Jörg Haider. Die Öffnung der SPÖ ist auch deshalb notwendig, weil es bei den Nationalratswahlen noch nie eine Mehrheit links der Mitte gab. Obwohl die SPÖ (mit Ausnahme von 2002) immer stimmenstärkste Partei war, hat die SPÖ derzeit also keine andere Koalitionsoption als die ÖVP.<sup>78</sup>

Dass die FPÖ auch politische Diskurse und Positionen beeinflusst, wenn nicht vorgibt, zeigt sich an zahlreichen inhaltlichen Annäherungen, die ÖVP und SPÖ in den vergangenen Jahren an den freiheitlichen Kurs vollzogen haben. Dies gilt beispielsweise für europapolitische Positionen, zuletzt insbesondere auch das Verhältnis zur Türkei, vor allem aber für die Flüchtlingskrise seit 2015, in der die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP einen bemerkenswerten Politikwechsel vollzogen haben. Während die Bundesregierung unter Bundeskanzler Faymann zunächst die Position der deutschen Bundeskanzlerin Merkel unterstützte, korrigierte zuerst die ÖVP und vor allem Außenminister Sebastian Kurz den Kurs und auf Druck der Volkspartei dann die ganze österreichische Bundesregierung. Inhaltlich ist damit eine deutliche Annäherung an die Position der FPÖ erfolgt und Österreich ist zu einem Vorreiter einer restriktiven Linie, z.B. durch die Schließung der Balkan-Route, geworden. Dieser Politikwechsel unter dem Einfluss der FPÖ-Opposition hat nicht zuletzt zur Ablösung des Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Faymann beigetragen.

Auch mit Blick auf die Entwicklung des Regierungssystems<sup>79</sup> stellt sich die Frage nach dem Einfluss der FPÖ. Im Zuge der Bundespräsidentenwahl 2016 nahm die Sorge zu, dass die Freiheitlichen – entsprechend ihrer jahrelangen Forderung zum Umbau der Staatsspitze – einen Sieg ihres Kandidaten Hofer nutzen würden, um das Amt des Bundespräsidenten in der politischen Praxis umzugestalten und damit auch die politische Realität des Regierungssystems zu ändern.<sup>80</sup> Die Ankündigung Hofers im Wahlkampf »Sie werden sich wundern, was alles gehen wird« deutete auf die Berechtigung dieser Annahme hin. Schließlich übt der Bundespräsident in der politischen Praxis der Zweiten Republik keine so starke Rolle aus wie ihm von Seiten der Verfassung aus zugeschrieben ist. Insofern barg die Vorstellung eines freiheitlichen Präsidenten durchaus Po-

78 Vgl. Ludger Helms / David M. Winerother, »Keine Alternativen zur Großen Koalition? Demokratischer Prozess und Koalitionsbildung in Österreich« in: Frank Decker / Eckhard Jesse (Hg.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden 2013, S. 561–576, S. 572.

79 Vgl. Wolfgang C. Müller, Das Regierungssystem, in: Dachs / Gerlich / Gottweis / Kramer / Lauber / Müller / Tálos, Politik in Österreich, aaO. (FN 9), S. 105–118; Herbert Schambeck, Das österreichische Regierungssystem. Ein Verfassungsvergleich, Opladen 1996; Anton Pelinka, Das politische System Österreichs, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 607–641; Karl Ucakar / Stefan Gschieg / Marcelo Jenny, Das politische System Österreichs und die EU, 5. Aufl., Wien 2017.

80 Vgl. Christoph Konrath, »Nur er kann...« Verfassungsrechtliche und demokratietheoretische Anmerkungen zur Bundespräsidentenwahl 2016 in: Köhler / Mertens, Manifest, aaO. (FN 29), S. 133–143.

tential für zahlreiche politische und institutionelle Konflikte. Hofer kündigte im Wahlkampf beispielsweise an, eine Bundesregierung zu entlassen, die nicht seine Position in der Flüchtlingspolitik umsetzen wolle. Vor dem Hintergrund dieses Szenarios eines Wandels des Regierungssystems wurde öffentlich über das Ende der Zweiten Republik diskutiert.<sup>81</sup>

Ein Besuch des FPÖ-Bundespräsidentschaftskandidaten in Tschechien ließ zudem annehmen, dass Hofer an der Staatsspitze eine Annäherung Österreichs an die integrationskritische Visegrád-Gruppe anvisiert. Die in Österreich vor allem nach der osteuropäischen Revolution von 1989 durchaus gepflegte Konzeption von »Mitteleuropa«<sup>82</sup> würde sich dadurch in eine österreichische Osteuropa-Orientierung verkehren. Auch wenn es zu dieser Situation nicht gekommen ist, so stellt sich unter dem Einfluss dieser FPÖ-Position doch heute dringender denn je die Frage nach der Position Österreichs in der Europäischen Union, insbesondere nach der kommenden Nationalratswahl.

Bei den anderen Parteien hat sich in den letzten Jahren jedenfalls eine gewisse Hilflosigkeit breit gemacht, da weder das Übernehmen freiheitlicher Positionen noch der Widerspruch zur FPÖ den weiteren Aufstieg der Freiheitlichen verhindern konnte. Weder das gemeinsame Einstehen als Große Koalition noch die stärkere Profilierung der beiden Parteien innerhalb der Großen Koalition hat sich bislang für ÖVP und SPÖ wirklich bezahlt gemacht. Daher stellt sich die Frage, ob die zwischenzeitlich angegedachte Erweiterung der Großen Koalition um die Grünen oder die Neos wirklich frischen Wind bringt oder nicht nur die Hilflosigkeit gegenüber der FPÖ weiter verdeutlicht. Der Erfolg der FPÖ schwächt jedenfalls den Wettbewerb zwischen den Sozialdemokraten und der Volkspartei.<sup>83</sup>

### 5. Ausblick

Nach der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 wird die FPÖ aller Voraussicht nach an der österreichischen Bundesregierung beteiligt. Die bisherigen Koalitionsparteien erwecken den Anschein, ihre Große Koalition nicht fortsetzen zu wollen, und bemühen sich offensichtlich beide um eine Koalition mit der FPÖ, wobei der neue ÖVP-Obmann Kurz mit der „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ die besseren Karten zu haben scheint. Den derzeitigen Umfrage zufolge hat der Obmannwechsel von Reinhold Mitterlehner zu Kurz der ÖVP einen so starken Aufschwung gegeben,

81 Vgl. Christian Mertens, »Was folgt auf die Zweite Republik? Zu Geschichte und Problematik des Begriffs »Dritte Republik« in Österreich« in: Köhler / Mertens, Manifest, aaO. (FN 29), S. 25–36.

82 Vgl. Franz Cede / Christian Prosl, *Anspruch und Wirklichkeit. Österreichs Außenpolitik seit 1945*, Innsbruck/Wien/Bozen 2015, S. 77–79; Michael Gehler / Paul Luif / Elisabeth Vyslonzil (Hg.), *Die Dimension Mitteleuropa in der Europäischen Union*, Hildesheim 2015; Erhard Busek / Emil Brix, *Projekt Mitteleuropa*, Wien 1986.

83 Vgl. Heinisch, Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus, aaO. (FN 32), S. 375–379.

dass Kurz mit deutlichem Abstand die Wahl gewinnen könnte.<sup>84</sup> Die FPÖ hingegen wird vermutlich nicht so gut abschneiden, wie noch vor einem Jahr zu erwarten war. Voraussichtlich wird sie in der Wählergunst weiter zulegen – schon allein da sie die viel von den Überbleibseln des BZÖ und des Teams Stronach aufsammeln wird, die beide nicht mehr antreten –, aber ihr Anteil wird nicht so hoch wie rund um die Bundespräsidentenwahl erwartet wurde. Insofern wird es vermutlich keinen radikalen Systembruch mit einem FPÖ-Kanzler Strache mit den entsprechenden politischen Konsequenzen geben, sondern die FPÖ könnte in dieser Konstellation als Juniorpartner der ÖVP oder auch der SPÖ regieren. In diesem Szenario bleibt jedoch die Frage, ob eine erneute Regierungsbeteiligung wieder zu einer »Entzauberung« der Partei in der Regierungsverantwortung führen wird. Derzeit hat sie in den Bundesländern bereits erfahrene Regierungsmitglieder aufgebaut, die auch auf Bundesebene Ministerien übernehmen könnten, so dass die Regierungsmannschaft der Partei gegebenenfalls mehr Erfahrung mitbringen würde als die FPÖ-Minister in den Kabinetten Schüssel 2000-2006. Die Frage nach der Regierungsfähigkeit stellt letztlich die entscheidende Frage für die Zukunft der FPÖ dar. Da Heinz-Christian Strache selbst einmal Bundeskanzler werden will, werden er und die FPÖ unter Beweis stellen müssen, dass sie nicht erneut dabei scheitern, gleichzeitig Regierungs- und Oppositionsarbeit zu betreiben.

Sollte die FPÖ kein gutes Ergebnis erzielen und nicht in Regierungsverantwortung kommen, wäre es auch denkbar, dass der unterlegene Bundespräsidentschaftskandidat Norbert Hofer, dem ein politisch moderateres Image anhaftet, zu einer innerparteilichen Konkurrenz für den Parteivorsitzenden Strache wird. Bereits im Wahlkampf wirkt Strache gegenüber dem jungen Sebastian Kurz und dem erst seit einem Jahr amtierenden Bundeskanzler Christian Kern recht verbraucht. Eine solche denkbare, aber nicht allzu wahrscheinliche innerparteiliche Konkurrenz würde für die auf den Parteiführer konzentrierten FPÖ eine völlig neue Situation hervorbringen.

Als etablierte rechtspopulistische Partei im österreichischen Parteiensystem gewinnt die FPÖ weiter hinzu und zwingt SPÖ und ÖVP zu inhaltlichen Adaptionen. Insofern beeinflusst sie selbst aus der Opposition heraus die österreichische Politik. Nachdem die Bundespräsidentschaftswahl in Österreich 2016 für eine europaweite Sorge über den Aufstieg von Rechtspopulisten gesorgt hat, könnten mit der Nationalratswahl anderthalb Jahre später die Verhältnisse vielleicht wieder zurecht gerückt werden. Aber auch wenn der Höhenflug der Populisten in Europa vorbei zu sein scheint, bleibt die FPÖ ein wichtiger Faktor im politischen Gefüge Österreichs.

<sup>84</sup> Vgl. derstandard.at, ÖVP liegt in Umfragen weiterhin vorne, <http://derstandard.at/20000610-52495/OeVP-liegt-in-Umfragen-weiterhin-vorne?ref=nl&userid=506589&nlid=10> (abgerufen am 10.7.2017).

### *Zusammenfassung*

Die knappe Niederlage des FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer bei der Bundespräsidentenwahl 2016 in Österreich galt europaweit als Signal für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Auch wenn die FPÖ bei den vorgezogenen Nationalratswahlen 2017 voraussichtlich nicht so gut abschneiden wird wie noch vor einem Jahr angenommen, so wird sie vermutlich trotzdem an der kommenden österreichischen Bundesregierung beteiligt. Vor diesem Hintergrund untersucht der Artikel die Entwicklung, Programmatik, Strategie und Erfolgsfaktoren der rechtspopulistischen Partei innerhalb des österreichischen Konkordanzsystems. Auch aus der Oppositionsrolle heraus hat sie immense Einfluss auf das Parteien- und Regierungssystem Österreichs entwickelt und stellt somit einen bedeutenden Faktor im politischen Gefüge des Landes dar. Nachdem die Regierungsbeteiligung unter Bundeskanzler Schüssel 2000-2006 zunächst zu einer Teilung des freiheitlichen Lagers geführt hatte, ist das BZÖ nach dem Tod Jörg Haider in der Bedeutungslosigkeit verschwunden und die FPÖ unter dem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache stärker denn je. Fraglich bleibt, ob eine erneute Regierungsbeteiligung der FPÖ wieder zu einer »Entzauberung« führen wird oder ob die Partei Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen kann.

### *Summary*

The close defeat of the FPÖ candidate Norbert Hofer in the Austrian presidential election 2016 was seen throughout Europe as a signal for the rise of right-wing populist parties. Even if the FPÖ will presumably not perform as well in the national elections 2017 as expected one year ago, the party will probably still be involved in the upcoming Austrian federal government. Against this background, the article examines the development, program, strategy and success factors of the right-wing populist party within the Austrian concordance system. From the opposition role, the FPÖ has had immense influence on Austria's party system and the form of government and is therefore a major factor in the country's political structure. The participation of the FPÖ in the Austrian government under Chancellor Schüssel 2000–2006 led to a division of its political camp. After the death of Jörg Haider, the BZÖ disappeared in insignificance and the FPÖ under the chairman Heinz-Christian Strache became stronger than ever. It remains questionable whether a renewed participation of the FPÖ in the government will lead once more to a "disenchantment" or whether the party can demonstrate the ability to govern.

*Matthias Belafi, The Success of the FPÖ: Austria's Party System and Form of Government under Pressure*